Hamburger Bildungspläne mehr Leistungsdruck und größere Klassen

Wir alle kennen das Problem: Die Klassen sind zu groß, die Lehrkräfte völlig überfordert und wir kommen im Unterricht nicht mit. Der Leistungsdruck ist zu hoch, wir haben kaum freie Zeit und selbst in den Ferien müssen wir lernen – kurzgesagt ist die Situation für Schüler_innen und Lehrkräfte sehr prekär und niemand ist so richtig zufrieden.

Die Hamburger Schulbehörde hat im März 2022 den ersten Entwurf für neue Bildungspläne, die wohl die nächsten 10 Jahre gelten sollen, erstellt. Am 19.12.2022 sollen diese veröffentlicht werden und ab dem nächsten Schuljahr für die Oberstufe gelten. Die Pläne sind ein Versuch, das Hamburger Schulsystem an ein nationales Zentralabitur anzugleichen. Ziel ist, national einheitliche Standards zu haben, mit denen die zukünftigen Arbeiter innen bewertet werden sollen.

Was hat es mit den Plänen auf sich?

Es sollen mehr Inhalte gelehrt werden und es soll in allen Fächern mehr Klausuren geben, die dann auch noch mehr zählen – richtig: mehr Leistungsdruck! Anstatt zu überlegen, wie der Leistungsdruck verringert werden kann, sollen wir unter noch schlechteren Bedingungen lernen. Das bedeutet mehr Zeit, die wir zuhause lernen müssen und weniger individuelles Eingehen der Lehrkräfte auf Probleme der Schüler_innen. Gerade Diskriminierte Jugendliche oder Jugendliche aus Arbeiter_innenfamilien werden darunter leiden. Unsere Eltern haben jetzt schon nicht genug Zeit, uns zu unterstützen; ab dem nächsten Schuljahr wird das aber noch stärker. Die Soziale Auslese steigt also weiter ins unermessliche.

Was können wir dagegen tun?

Dass das, was die Schulbehörde vorschlägt, keine Verbesserungen bringt, ist

vollkommen offensichtlich. Es zeigt sich auch, dass diejenigen, die das entscheiden, keine Ahnung haben, wie es uns Schüler_innen geht oder unsere Lage ignorieren! Wir wissen selber, was für uns am Besten ist. Wir müssen mitbestimmen können und nicht zusehen, was die Behörde als nächstes vor hat!

Wir müssen gegen diese Pläne aktiv werden. Wir müssen uns als Schüler_innen gemeinsam mit Lehrkräften organisieren und gemeinsam zeigen, dass wir das nicht mitmachen werden!

Am 14.01.2023 wollen wir uns treffen und gemeinsam überlegen, wie wir diese Pläne aufhalten können. Kommt auch zu Aktionen, wie am 19.12. um 16 Uhr am Hachmannplatz, um gegen diese Pläne und für echte Mitbestimmung von uns Schüler innen zu kämpfen!

Wir fordern:

- Stoppt die Bildungspläne! Weniger Prüfungen, kleinere Klassen und mehr Zeit für individuelle Themen, statt noch mehr Leistungsdruck!
- Echte Mitbestimmung: Statt einer beratenden Instanz, muss die Schüler_innenvertretung unsere Interessen in Abstimmungen und Entscheidungen vertreten können!
- Für eine Gewerkschaft der Schüler_innen! Wir können uns nicht mehr gefallen lassen, dass wir nichts gegen Politik gegen uns tun können! Für das Recht zu streiken!

Was bringt es, Schülersprecher_In zu werden?

Von Lia Malinovski

Neues Schuljahr, neue Schulsprecher_Innenwahlen und verändern wird sich

sowie nichts? Die Mitbestimmungsrechte in der Schule durch Klassen-, Schulsprecher_Innenwahlen und das Recht Vollversammlungen einzuberufen wurden sich von Schüler_Innen hart erkämpft. Statt echter Mitbestimmung wurde die schulische Mitbestimmung durch Organe der Schüler_Innen jedoch nur zur Integration und Vorbereitung auf die parlamentarischrepräsentative Demokratie umgestaltet. Kurz gesagt wurde aus echter Mitbestimmung ein bürokratisches Pseudo-System ohne wirkliches Mitbestimmungsrecht. Das sieht man besonders daran, dass vor jede Entscheidung durch die Schüler_Innenvertretung, die der Schulleitung nicht passt, ein Riegel geschoben wird und die Durchsetzung durch scheinheilige Gründe plötzlich nicht mehr geht. Zudem passieren die Wahlen meistens nach Beliebtheit und schon im Voraus ist klar, dass ein Großteil der Ideen eh nicht umgesetzt wird.

Aber warum treten wir dann zur Schüler_Innensprecherwahl an?

Als Kommunist_Innen haben wir keine Illusionen in das pseudodemokratische Mitbestimmungssystem an den Schulen. Jedoch wurde dieses System von Schüler Innen wie uns erkämpft und wir können und sollten es nutzen, um die Schule zu politisieren und revolutionäre Positionen an die Leute zu bringen. Oft wird so getan, als wäre die Schule ein unpolitischer oder politisch neutraler Ort, der nichts mit der politischen Außenwelt zu tun hat. Die Realität widerlegt diese These: Wer auf welche Schule geht, wer Abitur macht und unter welchen Bedingungen, welche Inhalte gelehrt werden usw. ist sehr stark davon abhängig, aus welcher (sozialen) Klasse man kommt. Kinder von Arbeiter Innen und Migrant Innen sind stark benachteiligt, während Kinder von Kapitalist Innen große Vorteile haben, bessere Bildung bekommen und mehr Möglichkeiten der Selbstbestimmung und Selbstentfaltung haben. Die Schule spiegelt also die Klassengesellschaft wider, und das auch mit allen anderen negativen Facetten: Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit usw. sind bittere Normalität. Uns zeigt das, dass wir noch viel zu erkämpfen haben.

Wie machen wir das also?

Wir müssen die Probleme an den Schulen aufzeigen. Wir müssen unsere

Mitschüler Innen dafür sensibilisieren, dass die Schule entgegen dem Gelaber unserer Lehrer Innen ein politischer Ort ist. Ein Mittel neben vielen dafür können die Wahlen der Schüler Innenvertretung sein. Durch Wahlkampf und Vollversammlungen - sofern es sowas gibt - haben wir ein Podium zur Verfügung, in dem wir unsere Positionen darlegen können und die Probleme an den Schulen und im Schulsystem benennen können. In vielen Bundesländern gibt es das Recht für die Schüler Innenvertretung, für alle Schüler Innen (ihre Mehrzahl) verpflichtende Versammlungen ausrufen zu können, bei denen der Unterricht wegfällt und bei denen das Programm dieser Versammlungen durch die Schüler Innenvertretung bestimmt wird. Dies nennt man eine Vollversammlung. Solche Plattformen können ebenfalls als Diskussionsplattform genutzt werden und Schüler Innen eine Stimme bieten, die sie sonst nicht haben. So kann eine revolutionäre Schüler Innenvertretung die Schule politisieren. Ihr erster Schritt könnte die Organisierung des Kampfes für wirkliche Verbesserungen sein. Aber nur ein erster Schritt, denn Diskussionen und das Aufstellen von Forderungen in Vollversammlungen und der Schüler Innenvertretung ändern ja noch nichts am aktuellen Zustand.

All das reicht doch noch nicht, um etwas zu verändern, oder?

Als Jugendliche müssen wir uns dort organisieren, wo wir uns täglich aufhalten. Mit verschiedenen Aktionsformen können wir das System unter Druck setzen und unseren Forderungen Gehör verschaffen. Wir können mit Flyern, Flugblättern oder linken Schüler_Innenzeitungen die Probleme benennen und Wege aufzeigen, diese zu bekämpfen. Mit Kundgebungen oder Demonstrationen können wir ein größeres Publikum, auch außerhalb der Schulen, erreichen und auch hier unsere Forderungen verbreiten. Mit genug Masse können schon solche Aktionen kleine Verbesserungen schaffen. Letztlich gibt uns das Mittel des Schulboykotts oder -streiks die Möglichkeit, durch direkte Aktion und Sabotage des täglichen Ablaufes, das System unter Druck zu setzen und wirkliche Verbesserungen zu erkämpfen.

Nicht alle Aktionsformen ergeben zu jeder Zeit Sinn. Und bevor wir über Blockaden oder Boykotte reden können, müssen wir die Schüler_Innen und die Schule politisieren. Bevor wir direkte Aktionen zur Verbesserung

durchführen können, müssen wir unsere aktuellen Möglichkeiten ausschöpfen. Es ist anstrengend und macht oft keinen Spaß, mit Mitschüler_Innen über Politik zu diskutieren. Aber wir haben keine andere Wahl. Und es ist auch möglich Erfolg zu haben. Beispielsweise haben erst im September beim letzten großen Klimastreik Schüler_Innen in Darmstadt auf ihre Schule eine eintägige Besetzung mit Streikposten errichtet. Das zeigt doch, dass nichts unmöglich ist.

Deswegen rufen wir zur Beteiligung an den Schülersprecher_Innenwahlen auf. Politisiert eure Schulen, tragt aktuelle, revolutionäre Forderungen in die Schulen und lasst die Schüler_Innen darüber diskutieren!

Mit Glück schafft ihr es sogar, in die Schüler_Innenvertretung zu kommen und habt Möglichkeiten, Mitbestimmung und Freiräume für Schüler_Innen zu erkämpfen. Und selbst wenn nicht – es wird immer Leute geben, die eure Positionen gut fanden oder darüber diskutieren wollen. Ladet sie zu Treffen ein oder organisiert Diskussionsrunden! Gründet ein Aktionskomitee an der Schule!

Wir treten zur Schülersprecher_Innenwahl mit diesen Forderungen an. Ergänzt sie und wendet sie an eure eigenen Schulen an! Ihr wisst am besten, was passieren muss:

- Für Unabhängigkeit von Staat und bürgerlicher Familie: 1200€ Grundeinkommen für Schüler Innen auf Staat sein Nacken!!
- Lehrmittelfreiheit! Schulbücher, Hefte, Stifte und digitale Endgeräte müssen kostenlos für alle sein!
- Schluss mit den privatisierten Mensen mit Dreckessen! Alle Mensen in öffentliche Hand und Kontrolle über das Angebot und die Preise der Mensa durch Schüler Innen und Lehrer Innen.
- Einen Raum, der den Schüler_nnen zur freien Gestaltung und Nutzung in der Freizeit zur Verfügung steht und finanzielle Mittel, um diesen nach Wunsch auszustatten
- Eine wähl- und abwählbare (!) Meldestelle für Vorfälle von Diskriminierung

• Investitionen in unsere Bildung - Holt das Geld vom Militär und von den Reichen her!

Neues Schuljahr aber alte Probleme: Leistungsdruck, Covid und kaputte Fenster

Das neue Schuljahr hat in allen Bundesländern begonnen und egal in welchem der 16 verschiedenen Schulsysteme du zur Schule gehst: die Probleme sind überall dieselben. Herr Müller macht immer noch dieselben rassistischen "Witze" und checkt dein Neo-Pronomen nicht, der Rollladen klemmt immer noch, sodass man das Fenster nicht öffnen kann und von Tag 1 an wird uns wieder Druck gemacht, dass schon wieder so viele Klassenarbeiten und Klausuren anstehen. Leider hat sich keins der strukturellen Probleme in der Schule in den Ferien in Luft ausgelöst. Dabei war im letzten Jahr noch überall die Rede davon, dass wir Schüler_Innen die Zukunft seien, dass keine Investition in das Bildungssystem zu teuer sein dürfe und man auf keinen Fall bei den Schulen sparen würde. Alle Parteien haben bei der Bundestagswahl beteuert, wie sehr ihnen unsere Bildung am Herzen liege. Das Hauptargument für die Öffnung der Schulen während der Pandemie war in allen Zeitungen, dass man uns Schüler_Innen nicht im Stich lassen wolle.

Sparen, sparen, sparen?

Schon ein paar Monate später sieht die Situation wieder ganz anders aus: Jetzt müssen wir sparen, denn das Vaterland muss verteidigt werden. Ohnehin steckte die Wirtschaft auch schon vor der russischen Invasion der Ukraine in einer tiefen Krise. Die Coronapandemie hat diese noch verschärft und seitdem Krieg herrscht, kann die Bundesregierung so tun, als ob die

ganzen geplanten Sparmaßnahmen Solidaritätsaktionen für die Ukrainer_Innen wären. "Frieren für den Frieden" zählt auch für die Schule - nur dass die Heizung auch schon im letzten Winter nicht funktioniert hat. Und während die Bundesregierung fucking 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr steckt, will sie bei der Bildung sparen. Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann hat vorgeschlagen, die Klassengröße einfach zu erhöhen. Mehr Schüler_Innen in einer Klasse bedeutet schließlich, dass man weniger Lehrer_Innen und Räume braucht. Leider lässt sich in überfüllten Klassen nur richtig beschissen lernen. Das grüne Außenministerium kürzt die Gelder des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für rund 6.000 Stipendien. Für 6000 Jugendliche aus Arbeiter_Innenfamilien heißt das: Ciao Studium. In Berlin plante der Senat die veranschlagten 136 Millionen Euro für den Bau neuer Schulen und 10 Millionen Euro für zusätzliche Sozialpädagog Innen einzusparen. Und das sind nur einige Beispiele.

Kalter Corona-Herbst

Auf uns wartet ein kalter Herbst und ein noch kälterer Winter, doch unsere Schulgebäude sind einfach krasse Bruchbuden. Fenster lassen sich nicht richtig schließen oder öffnen, gereinigt wird aufgrund von Personalmangel nur noch alle 3 Tage und die Toiletten sind dauerverstopft. Ein Raum, in dem wir in Pausen entspannt und vor allem von Lehrer Innen ungestört abhängen können, existiert nur in unseren kühnsten Träumen. Dabei gibt es nicht einmal genug Gebäude, um uns alle unterzubringen. So müssen manche von uns weite Schulwege in Kauf nehmen, mit 32 anderen Schüler Innen in einer Klasse sitzen oder haben jahrelang in einem Container Unterricht. Doch der Herbst wird nicht nur kalt, es rollt auch noch eine neue Coronawelle auf uns zu. Man hätte ja aus den letzten Jahren lernen können und sichere Belüftungssysteme in die Schulgebäude einbauen können. Stattdessen wurde das Förderprogramm für Luftfilteranalagen auslaufen gelassen. Also heißt es wieder: Fenster auf, Erkältung rein. Auch in diesem Jahr nehmen die Landesregierungen in Kauf, dass wir uns mit Corona anstecken, unsere Familien infizieren, wieder tagelang isoliert zuhause sitzen müssen und vielleicht auch noch Folgeschäden mit uns tragen. Einfach weil ihnen der Ausbau von sicheren Hygienemaßnahmen zu teuer ist. Dazu kommen noch Tausende von uns, die sich bereits in den letzten Monaten mit Corona infiziert haben und seit dem Long Covid zu kämpfen haben. Für diejenigen gibt es keine Hilfemaßnahmen, sondern sie haben halt Pech gehabt, wenn sie sich im Unterricht nicht konzentrieren können, einschlafen und schlechte Noten schreiben.

Leistungsdruck

Das Schuljahr ging kaum los, schon steht da wieder die Mathelehrerin und erzählt uns, wie schlecht unser Jahrgang ist und was wir alles aufholen müssen. So als ob es unsere Schuld wäre, dass wir in einer Pandemie stecken und sowieso ständig Unterricht ausfällt. Ausbaden müssen es trotzdem wir, indem wir den gleichen Unterrichtsstoff, mit der gleichen Anzahl von Klassenarbeiten in weniger Unterrichtszeit in immer volleren Klassen durchpauken müssen. Immer mehr von uns müssen das Nicht-Gelernte in privatem Nachhilfeunterricht nachholen, dabei kann sich das nur leisten, wer reiche Eltern hat. Alle Politiker Innen haben in den Anfangsmonaten der Pandemie davon geredet, was die geschlossenen Schulen für eine starke psychische Belastung für uns Schüler innen sei. Und ja, ihr habt Recht, es war echt scheiße. Aber wo sind die ganzen Schulpsycholog Innen und Sozialarbeiter Innen, die ihr uns versprochen habt? Wo das Plus an Therapieplätzen, um über unsere Depressionen und Angststörungen sprechen zu können? Anstatt uns zu helfen, wird der Leistungsdruck erhöht. Das Personal fehlt dabei nicht nur im psychologischen Bereich, sondern in der ganzen Schule. Der Lehrer Innenmangel führt sogar weit, dass ganze Fächer einfach ausfallen und man zum Beispiel in der 9. Klasse einfach mal ein paar Monate kein Englisch hat oder die Sportstunden von 3 auf 2 eingekürzt werden. Die Willkommensklassen sind voll mit Schüler Innen aus der Ukraine, aber es gibt nicht genügend Lehrkräfte, damit sie auch vernünftigen Unterricht bekommen. Und Inklusion gibt es auch nur auf dem Papier, denn es gibt kein Personal, um diejenigen von uns, die mehr Unterstützung beim Lernen bräuchten, aufzufangen.

Inflation betrifft uns auch.

Dass unser Bildungssystem diejenigen aus reichen Familien belohnt und Migrant_Innen- oder Arbeiter_Innenkids benachteiligt, ist kein Geheimnis. Aber warum redet niemand davon, dass dieser Unterschied noch krasser wird, wenn die Inflation unsere Eltern noch ärmer macht? Zum Beispiel sind die Preise für Schulhefte von Juni auf Juli um 13,6 Prozent gestiegen und sogar das schlechte Mensaessen ist teurer geworden. Auf die Inflation folgt meistens eine Rezession und Zehntausende verlieren ihre Jobs. Das wird auch uns in der Schule treffen und unsere Chancen auf einen nicen Schulabschluss nur noch verringern.

Yallah Klassenkampf!

Wird Zeit, dass wir was tun! Lasst uns mit unseren Mitschüler Innen über die Probleme in unseren Schulen diskutieren und aktiv werden. Mit kleinen Protestaktionen im oder vor dem Schulgebäude können wir auf die Missstände hinweisen und Aufmerksamkeit schaffen. Lasst uns Aktionskomitees an unseren Schulen gründen, um weitere Aktionen zu planen und uns mit anderen Schulen bundesweit zu vernetzen. Die Gewerkschaft der Lehrer Innen, die GEW, plant in den kommenden Wochen Aktionen und Streiks, von denen auch wir Schüler Innen etwas haben: Ob für kleinere Klassen oder für mehr Lohn und damit weniger gestresste Lehrkräfte. Lasst uns mit unseren streikenden Lehrer Innen solidarisch sein und mit ihnen gemeinsam auf die Straße gehen. Wenn man etwas durchsetzen will, sind Gewerkschaften eine praktische Sache, deshalb brauchen wir auch sowas! Und zwar eine basisdemokratisch organisierte Schüler Innengewerkschaft, in der wir unsere Interessen gegenüber den Landesregierungen und den Lehrerinnenverbänden deutlich machen und verteidigen können. Dabei müssen wir unsere Forderungen in die Schule tragen und uns mit den bestehenden Bewegungen auf der Straße, ob gegen die Inflation, gegen den Klimawandel oder gegen Rassismus verbinden. Denn allein in der Schule werden wir die tiefgreifenden Probleme des Bildungssystems nicht lösen können.

Wir fordern:

• Stoppt sofort alle geplanten Sparmaßnahmen im Bildungswesen!

Stattdessen brauchen wir eine flächendeckende Modernisierung aller Schulgebäude sowie ihrer Heizungs-, Wasser- und Belüftungssysteme. Bezahlt werden soll das von denen, die vom Krieg und den steigenden Energiepreisen profitieren!

- Von Schüler_Innen selbstorganisierte Freiräume, die in den Pausen für alle frei zugänglich sind, an jeder Schule!
- Lehrmittelfreiheit! Schulbücher, Hefte, Stifte, digitale Endgeräte und auch das Schulessen müssen kostenlos für alle sein!
- Kleinere Klassen und dafür neue Lehrer_Innen, Sozialarbeiter_Innen, pädagogische Assistenzkräfte, Sonderpädagogog_Innen, Schulpsycholog_Innen, Sozialarbeiter_Innen und auch Personal in der Verwaltung und Instandhaltung!
- Gleiche Mitbestimmungsrechte bei den Lehrplänen, dem Prüfungskalender und beim Unterrichtsstoff durch gewählte Organe von uns Schüler_Innen!

Situation von trans Personen an Schulen

Die Schule ist ein Ort, an dem wir uns alle täglich aufhalten müssen. Für manche trans Personen ist das jedoch Tag für Tag eine Qual. Stell dir vor, du stehst vor den beiden Schultoiletten und blickst von der einen zur anderen! Auf welche sollst du gehen? Was, wenn irgendwer kommt und Fragen stellt, warum du jetzt genau diese Toilette benutzt? Ist es nicht einfacher zu warten, bis du zu Hause bist? Tausende Gedanken, dabei geht's nur darum, wo mensch auf Toilette geht. Doch das ist nicht alles: Sportunterricht, Klassenfahrten, der Biounterricht, selbst in Musik – überall kommt die starre Einteilung in Mädchen und Jungen vor. Überall wirst du daran erinnert, dass du anders bist als die anderen. Hinzu kommen veraltetes Lehrmaterial und

eben Mitschüler_Innen und Lehrpersonal. Klar gibt es viele, die einen unterstützen, sobald man sich geoutet hat. Es gibt Lehrer_Innen, die die Namen nicht verwechseln und Mitschüler_Innen, die das tun. Aber es gibt eben auch die anderen, die Witze über einen machen, mobben und einem/r nicht glauben wollen.

Ein paar Zahlen

Generell sind trans Personen häufiger von Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und Ausgrenzung betroffen. Im Alter sind z. B. bi- und homosexuelle Menschen häufiger von Armut bedroht als Heterosexuelle. So liegt bei Männern im Alter von 60 bis 90 Jahren die Armutsquote bei Bi -und Homosexuellen um sechs Prozentpunkte höher als bei heterosexuellen Männern (12 Prozent zu 6 Prozent). Als "Armutsgrenze" gilt dabei 60 Prozent des Nettoeinkommens. Bei Frauen in dieser Altersgruppe ist ebenfalls ein Gefälle zu verzeichnen. Frauen, die sich als homo- oder bisexuell identifizieren, haben mit rund 1750 Euro durchschnittlich 10 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung als Frauen mit heterosexueller Orientierung (rund 1950 Euro).

Die Zahlen stammen aus dem Deutschen Alterssurvey und sind nun in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen zur sozialen Lage von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen Menschen in Deutschland veröffentlicht worden. (https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/gruene-kritisieren-tat enlosigkeit-des-bundes-altersarmut-unter-queeren-menschen-deutlichgroesser/27089984.html)

Und in der Schule? Positiv ist es, dass für die Änderung des Namens im Klassenbuch oder in Schulausweisen keine rechtlich verbindliche Vornamensänderung erforderlich ist. Die Berliner Senatsverwaltung empfiehlt sogar, dass man trans Personen mit dem selbstgewählten Namen ansprechen sowie die gewünschten Personalpronomen verwenden sollte. Und sonst? 2014 beteiligten sich über 5.000 Jugendliche an einer Umfrage des Deutschen Jugendinstitutes, die sich an LGBTIA+-Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren richtete. Knapp die Hälfte der befragten jungen Trans gab an,

an Bildungs- und Arbeitsorten beschimpft, beleidigt oder lächerlich gemacht worden zu sein. Etwa 10 % wurden körperlich angegriffen oder verprügelt. Die Befragten gaben ferner an, dass nur etwa die Hälfte der Lehrer_Innen offen gezeigt habe, dass Schimpfwörter nicht geduldet werden. Die Befragten erzählten weiter, dass etwa die Hälfte der Lehrkräfte gelacht hat, als Witze über LGBTIA+ gemacht wurden, oder sich direkt über Jugendliche, die sich nicht "typisch weiblich/männlich" verhielten, lustig machte. (https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_Coming Out.pdf)

Was dagegen tun?

Uns aufs Leben vorzubereiten - im Kapitalismus. Deswegen werden in der Schulstruktur und im Schulalltag auch Rassismus und Sexismus mehr oder weniger bewusst reproduziert. Das macht den Kampf gegen Transphobie an der Schule nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Konfrontiert man Lehrer Innen oder Mitschüler Innen mit ihren Äußerungen, wird man selten ernst genommen. Außerdem ist es mehr als anstrengend, jeden Tag mit Menschen zu verbringen, die die eigene Identität in Frage stellen. Je mehr Ablehnung man erlebt, umso mehr stellt man auch sich selbst in Frage. Deswegen ist's leichter, sich der Diskriminierung zu stellen, wenn man nicht alleine ist. Eine gute Möglichkeit dazu bietet die Gründung eines Schulkomitees. Im Gegensatz zur institutionellen Schüler Innenvertretung können dort alle mitmachen, die möchten. Zudem sind wir in diesem Rahmen nicht vom autoritären Schulgesetz abhängig und können uns deswegen politisch positionieren. Im Rahmen eines solchen Komitees ist es dann auch leichter, Aktionen zu starten: zum Beispiel Plakataktionen, wo Kommentare, die man in der Schule abbekommen hat, nochmal aufgeschrieben oder Informationen über trans Identitäten sowie Unterdrückung aufgezeigt werden. Auch ist es sinnvoll, Veranstaltungen zu organisieren, bei denen man gemeinsam mit Mitschüler Innen über aktuelle Themen diskutieren kann. Beispielsweise über die Wurzeln des Christopher Street Day oder LGBTIA+-Diskriminierung in anderen Ländern, da diese im Unterricht oftmals zu kurz kommen oder erst gar nicht thematisiert werden. Ebenso kann man in so einem Rahmen auch für konkrete Verbesserungen wie geschlechtsneutrale

Toiletten und Umkleiden, eine Antidiskriminierungsmeldestelle oder die Mitbestimmung über die Rahmenlehrpläne eintreten. Gibt's Stress oder geht es darum, sich gegen diskriminierende Lehrer_Innen oder Schulstrukturen zu wehren, ist es auch besser, gemeinsam aktiv zu sein: Ob offene Briefe an Schüler_Innenvertretung oder Öffentlichkeit, gemeinsame Protestkundgebungen oder gar Vollversammlungen zu dem Thema - zusammen organisiert's sich leichter.

Das Problem an der Wurzel packen

rotzdem muss uns klar sein, dass Transphobie keine Frage der Bildung ist. Man kann sie nicht wegerziehen. Es gibt nämlich auch Teile der Gesellschaft, die aktiv von dieser Spaltung profitieren. Um Transphobie also in die Geschichtsbücher zu verbannen, müssen wir sie an der Wurzel packen: dem Kapitalismus. Der Ursprung der Diskriminierung von LGBTIA+ liegt nämlich in der geschlechtlichen Arbeitsteilung der bürgerlichen Familie. Diese Familienkonstellation besteht aus einem Mann, der arbeiten geht und die Familie ernährt, und eben aus einer Frau, die den Haushalt schmeißt und die Kinder erzieht. Bestenfalls kann diese dann Teilzeit arbeiten und etwas dazu verdienen. Klar, das erscheint jetzt erstmal nur als Klischee, es wird jedoch durch konservative Politiker_Innen, religiöse Institutionen, Medien oder Werbung tagtäglich reproduziert.

Dies geschieht nicht rein zufällig, sondern ist einfach eine Ideologie und Praxis, die für den Kapitalismus besonders profitabel ist. So werden durch das Idealbild der Familie die Erbschaftsverhältnisse der Herrschenden geregelt, während die überwältigende Reproduktionsarbeit der Arbeiter_Innenklasse unentgeltlich im Privaten stattfindet. Menschen, die nun nicht in dieses cis- und heteronormative Gesellschaftsbild hineinpassen, sind der bürgerlichen Gesellschaft natürlich ein Dorn im Auge, denn mit ihrer bloßen Existenz stellen sie eine Gesellschaftsordnung in Frage, in der es "natürlich" scheint, dass Männer In Fabrik oder Büro arbeiten und Frauen die Hausarbeit verrichten.

Also warten wir auf das Ende der Diskriminierung?

Natürlich nicht. Wir müssen im Hier und Jetzt für konkrete Verbesserungen kämpfen und diese mit dem Kampf gegen das ausbeuterische System verbinden. In den letzten Jahren konnten schon einige Errungenschaften erkämpft werden, auch ist die gesellschaftliche Akzeptanz von trans und inter Personen in den letzten Jahren leicht gestiegen. Allerdings ist diese Entwicklung mit Vorsicht zu genießen. Zum einen sind noch längst nicht alle Rechte erstritten worden, zum anderen ist auch ein Rollback in Bezug auf Geschlechterrollen zu beobachten. Der politische Rechtsruck, der international verbreitet ist und in Deutschland seinen Ausdruck im Erstarken der AfD findet, stellt eine große Gefahr für die Errungenschaften der LGBTIA+-Bewegung dar. Wir wollen gemeinsam für eine Gesellschaft eintreten, in der alle Menschen ungeachtet ihres biologischen oder gesellschaftlichen Geschlechts gleichberechtigt und gefahrenfrei leben können.

Daher fordern wir:

- Kampf der Diskriminierung an Schule, Uni und im Betrieb! Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze gegen trans Personen und LGBTIA+: Für breite Aufklärungskampagnen und Selbstverteidigungskomitees der Unterdrückten in Verbindung mit der Arbeiter Innenbewegung!
- Für das Recht auf gesonderte Treffen in den Organisationen der Arbeiter_Innenbewegung, um den Kampf für Gleichberechtigung voranzutreiben und gegen diskriminierendes und chauvinistisches Verhalten vorzugehen!
- Das Recht auf Selbstidentifizierung der Geschlechtsidentität, soweit es den Staat betrifft (auf Rechtsdokumenten, bei Zugang zu Gesundheitsversorgung und Versicherungsleistungen usw.)!
- Recht auf Nutzung der sanitären Einrichtungen, die dem angegebenen Geschlecht der Trans Persone entsprechen, sowie der Einrichtung von geschlechtsneutralen sanitären Einrichtungen und

Umkleiden!

 Kostenlose gesundheitliche Beratung und operative, geschlechtsangleichende Behandlung, wenn dies von der betroffenen Person gewünscht wird, auch für Jugendliche! Für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper!

Quellen:

https://www.lgbtmap.org/file/Advancing%20Acceptance%20Infographic%20FINAL.pdf

Podiumsdiskussionen mit der AfD: Diskutieren oder Boykottieren?

von Sani Meier

In Vorbereitung auf die Bundestagswahlen im September diesen Jahres wurden an vielen Schulen Podiumsdiskussionen mit Vertreter_Innen verschiedener Parteien organisiert. Neben SPD, CDU, Linke und Grünen hatten manche Schulen auch Politiker_Innen der rechtsradikalen AfD eingeladen. Viele Schüler_Innen fanden das zu Recht scheiße und organisierten Widerstand an ihren Schulen, was eine generelle Debatte zu der Frage, wie man denn mit der AfD umgehen solle, auslöste. Sollte man mit rechten Politiker_Innen diskutieren oder sie ausladen, um ihnen keine Bühne zu geben? Und vor allem: Wer entscheidet eigentlich darüber?

Von vielen Schulleiter_Innen wurde die Einladung damit begründet, dass die AfD dieses Jahr zur Wahl antrete und damit als demokratisch legitimierte Partei Teil des politischen Wettbewerbs sei. Somit hätte Sie wie jede andere Partei das Recht, ihre Positionen zur Diskussion zu stellen. Man wolle damit keine Werbung für sie machen, sondern allen Schüler Innen die Möglichkeit

geben, sich mit deren Inhalten auseinanderzusetzen. Wir lehnen diese Position ganz klar ab.

Nachdem die AfD seit diesem Jahr vom Verfassungsschutz beobachtet wird, versucht sie gezielt, ihr bürgerliches Image zu stärken, um ihre rechtsradikale Gesinnung und Verbindungen in die dazugehörige Szene zu verdecken. Genau mit dieser Strategie verschafft sie sich nun auch Zugang zu Schulen und versucht, Jugendliche für ihre menschenverachtenden Positionen zu gewinnen. Doch wir lassen uns von diesem Schein nicht täuschen!

Die AfD ist das Ergebnis des internationalen Rechtsrucks seit der letzten Finanzkrise 2007/2008 und vertritt eine Politik, die klar rassistisch, sexistisch und in Teilen sogar antisemitisch ist. Mit ihrem neoliberalen Wahlprogramm wird sie auch in Anbetracht der momentanen Krise versuchen, die Interessen der Kapitalist_Innen bestmöglich zu schützen, indem sie die Ausbeutung von Arbeiter_Innen und Jugendlichen weiter verschärft. Dies schafft sie am besten, wenn sie deren Solidarität zueinander durch Rassismus und Sexismus zerstört, da dies ihren gemeinsamen Kampf verhindert. Wirft man einen Blick in ihr diesjähriges Wahlprogramm, so findet sich z.B. die Forderung, dass Schüler_Innen in Zukunft getrennt nach ihrer Leistungsstärke unterrichtet werden sollen – Spaltung und Konkurrenzdruck at it's best. Darüber hinaus wollen sie eine "Abschiebeoffensive", stärkere Grenzkontrollen und die Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete. Um diesen rassistischen Bullshit zu erkennen, brauchen wir keine Podiumsdiskussionen und je weniger Leute ihn hören, desto besser.

Unsere Schulen gehören uns!

Wir lassen uns nicht spalten! Für Vertreter_Innen dieser Politik ist an unseren Schulen kein Platz! Unsere Schulen sind der Ort, an dem wir uns täglich aufhalten und deshalb müssen sie ein möglichst safer space für alle sein, egal ob für Frauen, migrantische, queere oder muslimische Schüler_Innen. In Anbetracht der rassistischen, sexistischen und islamophoben Hetze der AfD ist es deshalb untragbar, dieser Zugang zu unseren Schulen zu geben. Wenn wir es zulassen, dass solche Parteien einfach ungestört eine Bühne bekommen, sind unsere Schulen keine Orte

mehr, an denen wir sicher lernen können. Wir Schüler_Innen müssen selbst über unsere Bildung und deren Bedingungen entscheiden können und protestieren deshalb zurecht gegen die Podiumsdiskussionen mit der AfD. Gemeinsam haben wir in Berlin Kundgebungen und Störaktionen organisiert, sowie Forderungen an die Schulleitungen gestellt, wodurch wir es geschafft haben, dass die AfD an einer der Schulen wieder ausgeladen wurde (siehe dazu auch den Artikel "Revo vor Ort", in dem wir einen detaillierten Bericht zu den Aktionen geben). Dieser Erfolg ist der Beweis, dass wir gemeinsam genug Druck aufbauen können, um solche Entscheidungen mitzubestimmen. Lasst uns also unsere Schulen aktiv mitgestalten, indem wir uns vernetzen, linke Schüler_Innenkomitees bilden und Protest organisieren mit dem Ziel, unsere Schule zu demokratisieren!

Für ein selbstbestimmtes Lernen in Schulen, die nach unseren Bedürfnissen organisiert sind! Kein Raum für Sexismus, Rassismus, Antisemitismus oder Islamophobie – kein Raum der AfD!

Podiumsdiskussionen mit der AfD: Diskutieren oder Boykottieren?

von Sani Meier

In Vorbereitung auf die Bundestagswahlen im September diesen Jahres wurden an vielen Schulen Podiumsdiskussionen mit Vertreter_Innen verschiedener Parteien organisiert. Neben SPD, CDU, Linke und Grünen hatten manche Schulen auch Politiker_Innen der rechtsradikalen AfD eingeladen. Viele Schüler_Innen fanden das zu Recht scheiße und organisierten Widerstand an ihren Schulen, was eine generelle Debatte zu der Frage, wie man denn mit der AfD umgehen solle, auslöste. Sollte man mit

rechten Politiker_Innen diskutieren oder sie ausladen, um ihnen keine Bühne zu geben? Und vor allem: Wer entscheidet eigentlich darüber?

Von vielen Schulleiter_Innen wurde die Einladung damit begründet, dass die AfD dieses Jahr zur Wahl antrete und damit als demokratisch legitimierte Partei Teil des politischen Wettbewerbs sei. Somit hätte Sie wie jede andere Partei das Recht, ihre Positionen zur Diskussion zu stellen. Man wolle damit keine Werbung für sie machen, sondern allen Schüler_Innen die Möglichkeit geben, sich mit deren Inhalten auseinanderzusetzen. Wir lehnen diese Position ganz klar ab.

Nachdem die AfD seit diesem Jahr vom Verfassungsschutz beobachtet wird, versucht sie gezielt, ihr bürgerliches Image zu stärken, um ihre rechtsradikale Gesinnung und Verbindungen in die dazugehörige Szene zu verdecken. Genau mit dieser Strategie verschafft sie sich nun auch Zugang zu Schulen und versucht, Jugendliche für ihre menschenverachtenden Positionen zu gewinnen. Doch wir lassen uns von diesem Schein nicht täuschen!

Die AfD ist das Ergebnis des internationalen Rechtsrucks seit der letzten Finanzkrise 2007/2008 und vertritt eine Politik, die klar rassistisch, sexistisch und in Teilen sogar antisemitisch ist. Mit ihrem neoliberalen Wahlprogramm wird sie auch in Anbetracht der momentanen Krise versuchen, die Interessen der Kapitalist_Innen bestmöglich zu schützen, indem sie die Ausbeutung von Arbeiter_Innen und Jugendlichen weiter verschärft. Dies schafft sie am besten, wenn sie deren Solidarität zueinander durch Rassismus und Sexismus zerstört, da dies ihren gemeinsamen Kampf verhindert. Wirft man einen Blick in ihr diesjähriges Wahlprogramm, so findet sich z.B. die Forderung, dass Schüler_Innen in Zukunft getrennt nach ihrer Leistungsstärke unterrichtet werden sollen – Spaltung und Konkurrenzdruck at it's best. Darüber hinaus wollen sie eine "Abschiebeoffensive", stärkere Grenzkontrollen und die Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete. Um diesen rassistischen Bullshit zu erkennen, brauchen wir keine Podiumsdiskussionen und je weniger Leute ihn hören, desto besser.

Unsere Schulen gehören uns!

Wir lassen uns nicht spalten! Für Vertreter Innen dieser Politik ist an unseren Schulen kein Platz! Unsere Schulen sind der Ort, an dem wir uns täglich aufhalten und deshalb müssen sie ein möglichst safer space für alle sein, egal ob für Frauen, migrantische, queere oder muslimische Schüler Innen. In Anbetracht der rassistischen, sexistischen und islamophoben Hetze der AfD ist es deshalb untragbar, dieser Zugang zu unseren Schulen zu geben. Wenn wir es zulassen, dass solche Parteien einfach ungestört eine Bühne bekommen, sind unsere Schulen keine Orte mehr, an denen wir sicher lernen können. Wir Schüler Innen müssen selbst über unsere Bildung und deren Bedingungen entscheiden können und protestieren deshalb zurecht gegen die Podiumsdiskussionen mit der AfD. Gemeinsam haben wir in Berlin Kundgebungen und Störaktionen organisiert, sowie Forderungen an die Schulleitungen gestellt, wodurch wir es geschafft haben, dass die AfD an einer der Schulen wieder ausgeladen wurde (siehe dazu auch den Artikel "Revo vor Ort", in dem wir einen detaillierten Bericht zu den Aktionen geben). Dieser Erfolg ist der Beweis, dass wir gemeinsam genug Druck aufbauen können, um solche Entscheidungen mitzubestimmen. Lasst uns also unsere Schulen aktiv mitgestalten, indem wir uns vernetzen, linke Schüler Innenkomitees bilden und Protest organisieren mit dem Ziel, unsere Schule zu demokratisieren!

Für ein selbstbestimmtes Lernen in Schulen, die nach unseren Bedürfnissen organisiert sind! Kein Raum für Sexismus, Rassismus, Antisemitismus oder Islamophobie – kein Raum der AfD!

Wie kommen wir zu einer Bildungsbewegung? Ein

Backrezept

"SCHOOL KILLS ARTISTS" steht an einer Wand in Berlin. Die meisten würden das sicherlich so unterschreiben und hätten ebenso sicherlich noch unzählige weitere Gründe hinzuzufügen, warum das Bildungssystem hier wirklich scheiße ist. Leistungsdruck, Verwertungszwang, unbändige Konkurrenz und giftiges Lernklima, dazu rassistische, sexistische, queerfeindliche Unterrichtsinhalte und ideologische Erziehung. Man könnte diese Liste ewig weiter führen, und in unserer Broschüre "Schule im Kapitalismus" haben wir sie auch noch ein wenig weitergeführt, sowie mit ergänzt einer Analyse was eigentlich dahinter steht: http://onesolutionrevolution.de/schularbeitsbroschuere/ .

Dass die Regierung das Bildungssystem zu unseren Gunsten reformieren wird, daran können wir leider spätestens seit G8 nicht mehr glauben, anscheinend handelt sie nämlich nach anderen Interessen als nach den unseren. Wir müssen die Sache also selber in die Hand nehmen. Klar ist, dass wir dabei als Kollektiv vorgehen müssen, denn alleine besteht man ja oft nicht einmal gegen einen einzelnen Lehrer, gegen den man sich auflehnt. Daher müssen wir uns organisieren und zusammentun, mit einem Appell: Wir brauchen eine Bildungsbewegung!

Was ist eine Bewegung?

Wenn man politisch aktiv ist, dann kommt es einem manchmal so vor als käme man immer nur in ganz kleinen Mäuseschritten voran und so wird man, da Rückschläge und Krisen stets bevorstehen, niemals zu einer freien Gesellschaft kommen. Dann ändern sich die Zeiten aber plötzlich und eh man sich versieht sind Millionen von Jugendlichen für Klimagerechtigkeit auf der Straße.

Das liegt daran, dass die Probleme und Widersprüche in diesem System zwar permanent existieren, uns allen aber ein Bewusstsein anerzogen wird, das diese Probleme ignoriert oder sie als unüberwindbare Tatsachen, die man zu akzeptieren hat, darstellt. Wenn jedoch beispielsweise Krisen ausbrechen, werden die Widersprüche derart zugespitzt, dass es für viele unmöglich wird,

sie noch weiter zu ignorieren oder zu akzeptieren. In solchen Situationen sprechen wir von einer Bewegung, und Fridays for Future ist eigentlich ein gutes Beispiel dafür. Aber nicht nur die Umwelt kann Massen an Jugendlichen mobilisieren: Vor gut 10 Jahren gab es auch in der Bildungsfrage eine große Bewegung in Deutschland (für Ungläubige hat die faz ein paar Bilder geknipst, https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/schuelerprotestebildungsblockadeneinreisse n1731268.html, Seite 9 für den RevoBlock :D), die nicht nur in der Größe ihrer Mobilisierungen beeindruckend war, sondern auch was die Radikalität ihrer Forderungen und den Grad der Organisierung anging.

Erst mit einer Bewegung können überhaupt Forderungen auch umgesetzt werden, andernfalls bleiben sie ungehörte Appelle. Natürlich werden auch einer Bewegung nicht immer alle Wünsche vom Weihnachtsmann erfüllt. Wenn strategische Fehler gemacht werden, kann die Dynamik einer Bewegung auch wieder verebben, ohne dass sich wirklich etwas geändert hat, auch das haben wir bei FFF gesehen. Es werden zwar Leute in die Aktivität gezogen, dass dann die richtige Strategie entwickelt wird ist aber kein Automatismus, sondern bedarf einer bewussten Auseinandersetzung auf der Grundlage von Kritik und Propagandafreiheit. Hier einzugreifen, darin besteht die Aufgabe von Revolutionär_Innen. Die Bewegung selbst ist also nicht hinreichend für Veränderung, notwendig ist sie aber in jedem Fall.

Erste Zutat: Gesellschaftliche Dynamik und Relevanz

Wenn für eine Sache Massen aktiv werden sollen, dann muss diese Sache überhaupt erst einmal präsent sein in den Köpfen der Massen. In der Klimafrage war das nicht so schwer, da kaum jemand ernst zu nehmendes noch bestreitet, dass die kommenden Generationen von Katastrophen überrollt werden, wenn die Zerstörung unserer Lebensgrundlage weiter so fortschreitet wie bisher und die Frage wird mittlerweile auch in der Schule immer ausführlicher behandelt. Für Kritik am Bildungssystem ist in der Schule zwar nicht so viel Raum, dafür hat aber die Coronakrise Probleme wie überfüllte Klassen, Lehrkräftemangel, räudige Schulklos und Gebäude, Prüfungszwang und Unterfinanzierung unleugbar ins Licht gezerrt. Ebenso ist der Online-Unterricht für Viele unerträglich. Das Potential, um eine

Bildungsbewegung aufzubauen, ist also vorhanden.

Zweite Zutat: Mobilisierungen und Druck auf ['solid], JuSos und die Gewerkschaften/jugenden

Aktionstage #fürgerechteBildung sind eine sehr gute Idee. Man hat eine konkrete Aktion, zu der man die Schüler Innen mobilisieren kann. Die Mobilisierung dient außerdem immer als Gelegenheit zur Vernetzung und Diskussion, sowie als Gradmesser der eigenen Stärke. Während wir von Schule zu Schule gehen, plakatieren, flyern und unzählige Diskussion führen, die Missstände immer wieder aufs Neue erklären, sollten wir aber eins nicht vergessen: Es gibt bereits eine große Anzahl an Jugendlichen, die erkannt haben, dass sich etwas ändern muss und sich daher einer Jugendorganisation angeschlossen haben, welche sich diese Veränderung auf die Fahnen schreibt. Allein ['solid] und die JuSos haben zusammen knapp 100.000 Mitglieder. Und beide Gruppen haben in Sonntagsreden durchaus den Anspruch formuliert sich für eine bessere Bildung im Sinne der Schüler Innen einzusetzen, wie auch SPD und Linkspartei den Anspruch haben das Interesse der Lohnarbeiter Innen zu vertreten. Das Problem ist nur, die Führungen dieser reformistischen Organisationen haben kein Interesse daran ihre Mitgliedschaft wirklich zu mobilisieren. Für sie geht es an erster Stelle nicht selten darum die eigene Karriere in der Partei voranzutreiben, um es sich selbst später einmal nett einzurichten, während man hauptberuflich faule Kompromisse mit den Herrschenden aushandelt. Ganz ähnlich gestaltet es sich bei Berufsschulen und Unis den meisten Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsjugenden, die ja ganz öffentlich zur Sozialpartner Innenschaft und zu rein ökonomischen Streiks, ohne deren politische Hintergründe zu beachten, aufrufen. All das ändert aber nichts daran, dass ihre Basis unter den gleichen Missständen leidet wie wir und diese auch sehen kann. Wenn wir es also schaffen durch unsere Mobilisierung, und z.B. durch öffentliche Aufrufe, diese Basis in Bewegung zu bringen, so ist auch die Führung zur Handlung gezwungen, will sie nicht ihr noch verbliebenes bisschen Legitimität verspielen. Das Selbe gilt bei der Ausweitung an die Unis bzw. Berufsschulen ebenso für den SDS und in geringerem Maße für die SDAJ (Jugendorganisation der DKP (Deutsche

kommunistische Partei, entgegen des Namen eher programmatisch reformistisch), die auch mal ihre paar hundert Mitglieder auf die Straße bringen könnte.

Dritte Zutat: Verankerung an den Schulen

Ein Fehler, der nicht nur bei FFF, sondern immer wieder gemacht wird: Man holt die Leute für den Aktivismus aus der Schule heraus und bringt sie auf die Straße, in Plena, in Freiräume. Diese Tendenz ist sehr gut verständlich, da man ja nicht ohne Grund abgefuckt ist von der Schule und die Mitschüler_innen auch nicht immer nur cool sind. Trotzdem ist die Schule der Ort, an dem wir alle tagtäglich gezwungen sind anwesend zu sein, sie ist das unfreiwillige Zentrum unseres Lebens, würde es nicht Sinn ergeben sie auch zum Zentrum unseres Aktivismus zu machen? Es geht dabei auch darum den Alltag zu politisieren, nur so können wirkliche Massen in Aktion gebracht werden. So eine Verankerung wirkt außerdem langfristiger über einzelne Kampagnen hinaus und kann die Keimzelle für demokratische Entscheidungsstrukturen sein. Für den Aufbau einer kleinen linken Schulgruppe gibt es viele Ansatzpunkte zum Beispiel: Mobilisierung für eine Aktion, Flyern, Diskussionsveranstaltung, Vollversammlung einberufen, die SV als Podium nutzen... (ein detaillierter Leitfaden steht in o.a. Broschüre)

Und ab in den Ofen und anheizen: Schulterschluss mit der Arbeiter Innenklasse und Antikapitalismus

Spätestens bei der Finanzierungsfrage wird klar, dass wir den Kampf nicht ganz ohne Verbündete gewinnen können. Sie fallen uns aber glücklicherweise in den Schoß. Beispielsweise sind die Lehrer_Innen in ähnlichem Maße wie wir Opfer der schlechten Corona-Politik, sie können, obwohl es manche_r Politiker_In nie geahnt hätte, nämlich auch an dem Virus sterben. Wenn man sich auch die Unabhängigkeit von den Lehrer_Innen bewahren sollte, kann es sich also schon lohnen, z.B. vorzuschlagen, dass man als Exkursion mit der ganzen Klasse/dem Kurs zum Aktionstag geht. Und gegenüber der Lehrer_Innengewerkschaft GEW sollten wir analog zum Punkt 2 handeln. Ein bisschen allgemeiner liegt eine gerechte Bildung eigentlich auch im Interesse der gesamten

Arbeiter_Innenklasse, denn nur so können mündige und selbstbestimmte Menschen erzogen werden, wir sollten diese Verbindung aber selbst herstellen, z.B. indem wir Forderungen für die gesamte Klasse mit aufgreifen. Uns ist klar, dass es diesen Schulterschluss langfristig auch von unserer Seite braucht, denn eine wirkliche gerechte Bildung ohne Leistungsdruck, Konkurrenz, Unterfinanzierung von Bildung und Erziehung zu verwertbaren Untertanen des Kapitals ist im Kapitalismus nicht möglich. Deswegen ist es auch wichtig uns als Schüler_Innen mit der Arbeiter_Innenklasse international zu vernetzen und einen gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus, als Grundlage für Ausbeutung und Jugendunterdrückung zu führen.

Servieren: Kurzes Abschlussplädoyer

Lasst uns nicht nur abstrakt kleine Aktionen vor Ort organisieren. Diese bleiben meist klein und führen eher zu Desillusionierung als zur Revolution. Lasst uns die Aktionen stattdessen aktiv ausweiten, um eine Bildungsbewegung aufzubauen, die auf der Grundlage von Antirassismus, Antisexismus, Antikapitalismus und den anderen Errungenschaften der Arbeiter_Innenklasse mit aller Kraft #fürgerechteBildung kämpft!

Abschlussprüfungen trotz Pandemie? Schluss mit dem Notensystem!

Von Clara Roth

Seit

einem Jahr hält die Pandemie die ganze Welt in Atem. Doch als

ob nichts gewesen wäre, finden die Abschlussprüfungen dieses Jahr wie gewohnt statt und zwar mit denselben hohen Anforderungen wie vor der Pandemie. Die Abiturient_Innen sollen schließlich "auch in diesem Jahr ein anerkanntes Abitur machen", so Berlins Bildungssenatorin Scheeres. Eine hohle Ausrede zur Verteidigung einer diskriminierenden Schulpolitik:

Denn

auch und gerade

für Schüler_Innen stellt die Pandemie in Anbetracht einer auf allen Ebenen verfehlten Schulpolitik eine enorme Belastung dar. Der Online-Unterricht an deutschen Schulen bleibt bis heute eine einzige Katastrophe. Das sträfliche staatliche Versäumnis, rechtzeitig ein einheitliches und adäquates Home-Schooling-Konzept zu entwickeln, mündete in einem willkürlichen Mix aus schlecht funktionierendem Fernunterricht und chaotischem Präsenzunterricht. Angesichts fehlender Endgeräte, langsamer Internetverbindungen mit ständigem Ausfall, mangelhaft geschulten Lehrpersonals, fehlender psychischer und sozialer Betreuung und fehlender finanzieller Unterstützung der Schüler_Innen, steht der deutsche Fernunterricht ziemlich mies da. Dass

jedes vierte Kind kein funktionierendes Endgerät und/oder keine Internetverbindung hat und, dass jedem siebten Kind ein ruhiger Ort zum Lernen fehlt, dass demzufolge das Benotungssystem in diesem Jahr Kinder aus einkommensschwachen Familien unfairer behandelt als je zuvor, scheint kein ausreichender Grund für eine Aussetzung der diesjährigen Prüfungen zu sein.

Noch

schlimmer sieht es allerdings bei der unverantwortlichen Rückkehr zum Präsenzunterricht aus, auf den Schulen weder personell noch technisch und hygienisch vorbereitet sind. So handelt die Politik seit einem Jahr entgegen aller Vernunft und setzt mutwillig das Leben der Schüler_Innen, Lehrer_Innen und deren Umfelder aufs Spiel. Aber ungeachtet all dessen, werden die Prüfungen als "alternativlos" dargestellt und durchgezogen, zumal es durchaus eine Alternative in Form des Durchschnittsabiturs gäbe, der dieselbe Glaubwürdigkeit zukommen dürfte. Wieso wird selbst in einer Jahrhundertkrise weiterhin stur am gewohnten Abitur festgehalten? Woher kommt diese Notenbesessenheit?

Die

Schule als Fabrik für Arbeitskräfte

Schauen

wir uns einmal genauer an, nach welchen Kriterien wir in der Schule benotet werden. Es kommt einem zwar unmittelbar so vor, als würden wir danach bewertet, wie schnell wir lernen oder wie "schlau" wir sind, doch wenn wir genauer hinsehen, stehen eigentlich Gehorsam und Fleiß an oberster Stelle. Wer zu spät kommt, sich den schulischen "Spielregeln" widersetzt und nicht willens oder imstande ist, stundenlang ruhig zu sitzen, sich auf langweilige Inhalte zu konzentrieren und den Anordnungen der Lehrerkraft brav Folge zu leisten, hat von vorneherein keine Chance, eine gute Note zu erzielen. So versichern gute Noten den späteren Arbeitgeber Innen, dass die Person sich ohne wenn und aber unterordnen und die ihr auferlegte Aufgabe erledigen kann. Doch das ist nur die Vorbedingung: Es kommt zusätzlich darauf an, sich in direkter Konkurrenz zu Mitschüler Innen durchzusetzen und besser zu sein als andere. Lehrer Innen sind dazu angehalten, zu verhindern, dass zu viele Schüler Innen gleichzeitig gute Noten erzielen. Wenn das bei der Vorbereitung mal falsch eingeschätzt wurde, kommt es auch mal vor, dass bei Prüfungen Benotungskriterien absurderweise im Nachhinein verschoben werden, damit der Notenspiegel nicht zu gut ausfällt. Ein derartiges Benotungssystem definiert den eigenen Erfolg unmittelbar über den Misserfolg der Mitmenschen. Von Kindesbeinen an lautet das Motto: Du bist auf dich gestellt, du musst dich durchsetzen und wenn es bedeutet, auch mal die Ellbogen auszufahren. Anderen zu helfen bringt einem höchstens was, wenn man mal als Gruppe bewertet wird und sich dabei wiederum mit anderen Gruppen misst. Ansonsten ist in

der Konkurrenz Nachsicht mit anderen eher kontraproduktiv. Und jedem Individuum, das sich gegen diese zutiefst antisoziale und das Gemeinschaftsglück zerstörende Schulrealität aufzulehnen wagt, oder sich nicht an die Verhältnisse anpassen kann oder will, drohen schlechte Noten. Unterdurchschnittliche oder gar fehlende Abschlüsse verbauen den Weg des sozialen Aufstiegs und resultieren in mies bezahlter, harter Arbeit und lebenslangen prekären Verhältnissen. Die Angst vor schlechten Noten ist somit keine Eitelkeit, sondern berechtigte Existenzangst und als solche ein effektives repressives Druckmittel der Herrschenden, um gesellschaftliche Machthörigkeit zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

Im

Endeffekt ist, wie das gesamte Bildungssystem, auch das Notensystem auf den Kapitalismus ausgerichtet. Dem Staat und dem Kapital geht es selbstverständlich nicht um persönliche Entfaltung und Bereicherung des Lebens von Schüler Innen. Da es die höchste Priorität darstellt, die Wirtschaft am Laufen zu halten und Profite zu maximieren, ist die Schule als Ort entworfen, an dem massenhaft Arbeitskräfte ausgebildet werden. Und weil alles im Kapitalismus einen Geldwert haben muss, dienen schulische Noten gewissermaßen als individuelle Preisschilder der Lohnabhängigen und liefern den Kapitalist Innen eine "objektive" Orientierungshilfe, wer sich eher für die Führungsetage eignet und wer zum/zur einfachen Arbeiter In taugt. Ähnlich wie bei Preisschildern für normale Produkte hängen Noten und Abschlüsse damit zusammen, wie viel Aufwand und Lebenszeit es durchschnittlich gekostet haben dürfte, diese zu erreichen und je mehr das ist, desto höher dürfte auch der Preis (in Form des Lohns) für deine Arbeitskraft liegen, um diesen Aufwand zu entschädigen. Und damit sind wir dann beim Kern des Problems angelangt: Falls es in diesem Jahr gerechterweise Erleichterungen für die Abschlussjahrgänge gäbe, wäre auf einmal nicht mehr klar, wie hoch diese Entschädigung tatsächlich ausfallen sollte, weil die Kapitalist Innen sich nicht mehr darauf verlassen können, wie viel der Abschluss und damit die Arbeitskraft eigentlich

"wert" ist, wenn man diesen mit anderen Abschlüssen vergleicht. Das würde zum einen für Chaos am Arbeitsmarkt sorgen und damit die Verwertung stören, zum anderen gäbe es dann aber auch für die Kapitalist_Innen die "Gefahr", dass manche Arbeiter_Innen "zu hoch" bezahlt werden. Deswegen ist es auch für die Herrschenden das allerwichtigste, dass trotz aller Widrigkeiten für die Schüler_Innen die Abschlüsse "allgemein anerkannt" sind und damit wird klar, dass auch diese Vergleichbarkeit bloß vorgetäuscht ist. Und mit den verschiedenen Startbedingungen, die jeder_jede aus den sozialen Hintergründen mitbringt, war diese Vergleichbarkeit auch noch nie gerecht!

Befreit die Bildung!

Wie

kann aber eine mögliche Alternative zum täglichen Noten- und Leistungsdruck konkret aussehen? Wie können wir die Schule in einen Ort verwandeln, an dem Schüler Innen ohne Angst und Druck gemeinsam lernen, neben Fachwissen auch soziale Kompetenz erlangen, ihre Talente entdecken und entfalten können, anstatt sie ins Korsett der Verwertung zwängen zu müssen? Es gibt bereits jetzt schon alternative Lernmodelle (Beispielsweise Montessori oder Waldorf), die sich in Hinblick auf das Notensystem durchaus bewährt haben. An diesen Schulen erhalten die Schüler Innen von der ersten bis zur achten Klasse sogenannte individualisierte Leistungsbeurteilungen und Noten kommen erst ab der neunten Klasse ins Spiel. Sie widerlegen die kapitalistische Grundannahme, dass Kinder ohne Notendruck und aus freien Stücken nichts Produktives zustande bringen würden. Schüler Innen fühlen sich dort oftmals wohler und die schlussendlichen Leistungen ab der Benotung können sich meist auch sehen lassen. Brecht scheint wohl recht damit zu haben, dass der Mensch, weil er ein Mensch ist, Stiefel im Gesicht nicht gern hatauch nicht beim Lernen.

Diese

alternativen Inseln können aber für sich nicht der Misere des kapitalistischen Bildungssystems beikommen. Zum einen sind sie vielerorts für breite Bevölkerungsschichten kaum zugänglich, da es sich um Privatschulen handelt. Bei mangelnder Ausstattung der Schulen oder zu hohen Klassengrößen helfen dann nur hohe Gebühren. Zum anderen müssen sie sich letzten Endes dem Diktat des vorherrschenden Bildungswesens beugen, spätestens wenn es um Abschlüsse wie das Abitur geht. Der Kapitalismus in der Gestalt liberaler Demokratie kann eine begrenzte Menge harmloser Spielerei durchaus dulden, gar begrüßen, wenn es aber ernst wird, sind Ziffernzeugnisse unbedingt notwendig und nicht verhandelbar. Noten sind nun einmal integrale Bestandteile eines Bildungssystems, das vor allem auf die Bedürfnisse der Kapitalist_Innen zugeschnitten ist.

Daher

ist unsere Perspektive eine gänzlich andere: Wir wollen Komitees aus Schüler Innen, Lehrer Innen und Eltern erkämpfen, damit wir uns wirklich von der Macht des Staates und Kapitals entkoppeln können und die Schule so gestalten, wie wir sie uns wünschen. Das Schulsystem muss dahingehend demokratisiert werden, dass Eltern, Schüler Innen und Lehrer Innen gemeinsam sowohl über die Lerninhalte, als auch über die Art und Weise der Bildung und Erziehung bestimmen können. Die Lernenden und Lehrenden sollten selbst entscheiden können, welche Inhalte sie interessieren und wirklich auf das Leben vorbereiten. Dazu sollte sich der Unterricht an der Lebensrealität der Schüler Innen orientieren und nicht bloß an den Anforderungen der Herrschenden. Weiterhin muss Bildung für jede/n zugänglich sein: Privatschulen müssen verstaatlicht werden, Lernmittel wie Bücher oder Tablets müssen kostenlos verfügbar sein und Schüler Innen, die zuhause nicht lernen können, müssen Zugang zu öffentlichen Lernräumen bekommen. Jedoch reicht es nicht nur das Bildungssystem zu revolutionieren: Bildung kann ihren wahren Wert erst dann erlangen, wenn auch die Arbeit ihren erlangt hat. Erst wenn das kapitalistische Ausbeutungssystem überwunden ist und unsere Arbeit vom Zwang, verwertet zu werden, befreit wird, wird auch die

Bundesweiter Aktionstag am 26. Februar!!!!!11elf!!

Aufruf des Bündnis' #FürgerechteBildung

Für gerechte Bildung! Kein Schulbetrieb auf unserem Rücken!

Für Millionen Schüler:innen heißt Bildung seit Monaten vor allem Unsicherheit und Chaos.

Während der Staat Milliarden bereitstellt, um die Profite riesiger Unternehmen zu sichern,

unternimmt er nichts, um sichere und gerechte Bildung während der Corona-Pandemie sicher

zu stellen. Im Gegenteil: Erst blieben die Schulen mit völlig unzureichenden Vorkehrungen

offen, selbst als die Infektionszahlen in die Höhe schossen.

Als dann auf Online-Unterricht umgestellt wurde, geschah dies völlig unvorbereitet und ohne

einen Plan um soziale und ökonomische Ungleichheiten auszugleichen. In vielen

Bundesländern besuchen außerdem Abschlussklassen noch immer ohne ausreichende

Hygienevorkehrungen die Schule.

Die Prüfungen würden um jeden Preis stattfinden (so die Kultusminister:innen), damit spätere

Chef:innen uns mit vorhergenden Jahrgängen in ihrem Sinne vergleichen können.

Das obwohl die Pandemie für viele Schüler:innen eine noch stärkere Belastung als je zuvor darstellt. Gerade durch das Wegfallen jeglichen Ausgleichs zur Schule, spitzt sich die

Situation für zahlreiche Haushalte weiter zu.

Nicht nur Schüler:innen sind belastet, sondern auch ihre Eltern. Ihnen wird abverlangt nicht

nur weiter arbeiten zu gehen, um die Profitwirtschaft am laufen zu halten, sondern

gleichzeitig noch ihre Kinder beim Homeschooling zu unterstützen. Dabei sind Frauen

besonders belastet.

Auch Lehrkräfte leiden unter der Situation, da sie Homeoffice und Kinderbetreuung unter

einen Hut bringen müssen.

Die jetzige Politik der Regierung gefährdet unser aller Gesundheit und macht unsere

Bildungschancen zu nichte!

Wir rufen deshalb alle Schüler:innen, Eltern, Lehrer:innen, sowie die Gewerkschaften, gerade

die GEW, und alle, die sich solidarisieren wollen auf, am TT. Februar aktiv zu werden!

Organisiert euch darüberhinaus an euren Schulen, sprecht eure Mitschüler:innen an, um diese

Forderungen an eure Schule zu tragen.

Zeigt euren Protest gegen die Corona-Schulpolitik der Regierung:In Form von zum Beispiel

Streiks, Kundgebungen und Plakaten!

Wir fordern:

- Bundesweite Durchschnittsabschlüsse
- bessere Hygienekonzepte
- Massive Investitionen in das Bildungssystem: mehr Personal, kleinere Klassen, mehr

Lernräume schaffen

• Flächendeckend Luftfilter in den Klassenzimmern

• soziale, finanzielle und psychische Unterstützung für Schüler:innen im Home-

Schooling

- kostenfreie digitale Ausstattung
- Kostenfreie Nachhilfe in den Stadteilen
- Sichere Lernräume für Schüler:innen, die zu Hause nicht lernen können
- Garantierte Übernahme von Auszubildenden
- Flächendeckende Rückkehr zu G9
- ein Schulsystem, in dem Schüler:innen wirklich mitentscheiden können.

Gemeinsam wollen wir unseren Landesregierungen und der Bundesregierung zeigen, dass wir

nicht unsere Gesundheit und die unserer Mitmenschen aufs Spiel setzen! Für gerechte

Bildung - Kein Schulbetrieb auf unserem Rücken!

Für ein revolutionäres Corona-Schulprogramm!

Von Clara Roth

Wie von der

Wissenschaft vorhergesagt, ist seit Anfang Oktober eine zweite Pandemiewelle in vollem Gange, welche nun in der kalten Winterzeit mit aller Härte zuschlägt und die erste Märzwelle nicht nur hinsichtlich der Zahl täglicher Neuinfektionen, sondern inzwischen leider auch im Hinblick auf Hospitalisierungs- und Todeszahlen weit in den Schatten stellt. Vielerorts droht das überlastete Gesundheitssystem zu kollabieren. Die zögerliche Antwort der Politik erschöpft sich indes in einem halbherzigen Lockdown.

Lockdown

light: So tun, als würde man die Pandemie effektiv bekämpfen

Anders als beim

ersten Lockdown, wo nicht nur Schulen, sondern auch die meisten Geschäfte, Einrichtungen und Betriebe geschlossen wurden und somit die Mehrheit automatisch zu Hause blieb, beschränkte sich der Lockdown light lediglich auf Bereiche wie Kultur, Gastronomie und Gemeinschaftssport. Dazu werden Kontaktverbote ausgehängt, was unsere Freizeit massiv einschränkt, während in der Arbeitswelt die Pandemie weitgehend ignoriert wird. Scheinbar gilt das Infektionsrisiko nur in Freizeiteinrichtungen und Restaurants, denn während all jene Einrichtungen rigoros geschlossen werden, blieben Schulen viel zu lange uneingeschränkt offen, die Menschen müssen weiterhin in allen übrigen Sektoren zur Arbeit gehen und der Einzelhandel durfte das ersehnte Weihnachtsgeschäft wochenlang ungestört abwickeln. Dementsprechend sind die öffentlichen Verkehrsmittel weiterhin überfüllt und in Innenstädten sammeln sich enorme Menschenmassen an. Es ist eine dreiste Zumutung, dass in Zeiten einer tödlichen Viruspandemie 30 und mehr Schüler Innen samt Lehrer In täglich mehrere Stunden in Klassenzimmern verbringen müssen.

Derzeit haben wir

es also mit einseitigen und teils radikalen Einschnitten ins
Privatleben der Menschen zu tun, während für Schulen und Betriebe
viel zu lange business as usual galt. Ein derartiger
Freizeit-Lockdown ist nicht nur augenscheinlich absurd, sondern
verfehlt auch erwartungsgemäß das vorgegebene Ziel der effektiven
Pandemie-Eindämmung, wie die besorgniserregenden Zahlen der letzten
Wochen unter Beweis stellen. Warum wählt die Politik dennoch einen
solchen Weg?

Dass die Schulen

offen blieben, hatte nicht etwa den Grund, sozial schwächeren unter die Arme zu greifen, wie oft von den

Politiker Innen behauptet wird. Vielmehr steckt in der Hauptsache folgende Verwertungslogik dahinter: Blieben Schüler Innen zu Hause, könnten viele Eltern nicht zur Arbeit gehen und so auch nicht für den Profit der Unternehmer Innen schuften. Zudem darf der Zufluss qualifizierter Arbeiter Innen nicht abreißen, weswegen wir weiterhin brav zur Schule gehen und Prüfungen schreiben sollen, um schneller auf dem Markt verfügbar zu sein. Der Lockdown, in dem wir uns befinden, richtet sich in erster Linie nach den Interessen der Wirtschaft. Für sie ist bei der Pandemiebekämpfung die Verlagerung der Verantwortung auf die Menschen und insbesondere auf Jugendliche schlicht und einfach viel kostengünstiger. Jugendliche und ihr Freizeitverhalten für die Pandemiewelle verantwortlich zu machen, kostet die Wirtschaft nichts und lenkt gleichzeitig von Betrieben als entscheidenden Quellen der Virusausbreitung ab. So müssen wir als Sündenböcke für steigende Infektionszahlen geradestehen, während die eigentlichen Ursachen der weiteren Ausbreitung verkannt werden und einige Konzernchef Innen sogar profitieren von der Krise. Das ist ein weiterer Ausdruck massiver Jugendunterdrückung. Um die Öffnung der Schulen zu rechtfertigen, werden die Infektionsrisiken in Kitas und Schulen systematisch kleingeredet und die außerordentliche Gefahr für Schüler Innen, Lehrer Innen und deren Familien in gewissenloser Weise ignoriert.

Welches

Programm brauchen wir nun für die Schulen?

Wie der erste Lockdown verdeutlicht hat, liefert die alleinige Schulschließung keine befriedigende Lösung. So traf die erste flächendeckende Schulschließung sozial Benachteiligte wesentlich härter als alle anderen, die Häufigkeit häuslicher Gewalt stieg enorm an und besonders Jugendliche aus materiell schlechter gestellten Haushalten wurden von der Politik links liegen gelassen. Darüber hinaus versäumte die Politik, die Atempause der warmen Monate zur Ausarbeitung effektiver und einheitlicher Hygienekonzepte für Schulen zu nutzen, sodass sich Lehrer Innen und

Schüler_Innen nun in derselben desolaten Lage wiederfinden wie zu Beginn der Pandemie.

Wenn

wir eine menschliche Schulpolitik wollen, dürfen wir nicht die Profite der Wirtschaft über unsere Gesundheit ordnen lassen. Die Entscheidung, ob eine Schule geschlossen wird, muss sich vor allem nach den Bedürfnissen derjenigen richten, die sich täglich dort aufhalten, und nicht nach den Interessen der Wirtschaft. Über unsere Gesundheit müssen wir selbst entscheiden dürfen, anstelle von

Bildungsausschüssen und Lobbygruppen, deren Entscheidungen vorrangig von wirtschaftlichen Überlegungen geleitet sind. Es werden folglich demokratische Krisenkomitees aus Schüler_Innen, Lehrer_Innen, Eltern und Virolog_Innen benötigt, die gemeinsam die Entscheidung über eine Schulschließung fällen und gemeinsam über Hygienebestimmungen entscheiden und deren Einhaltung selbst kontrollieren. In diesem Zusammenhang stehen wir für folgende konkrete Forderungen ein und rufen dazu auf, mit vereinten Kräften dafür zu kämpfen:

- Mehr Unterrichtsräume! Wenn nötig durch Neubau oder Beschlagnahmung von leerstehenden Gebäuden, es war auch schon vor der Pandemie nicht ausreichend Platz vorhanden.
- Mehr Personal! Sowohl neue Lehrer_Innen, Sozialarbeiter_Innen, pädagogische Assistenzkräfte und Sonderpädagog_Innen als auch Personal in der Verwaltung und Instandhaltung müssen neu eingestellt werden.
- Deutlich kleinere Klassen! Nicht mehr als 12 Schüler_Innen sollen gleichzeitig unterrichtet werden. Alles andere ist aus gesundheitlicher Sicht unverantwortlich und aus p\u00e4dagogischer Sicht besch\u00e4mend in einer Gesellschaft mit derartigem Reichtum.
- Freistellung ohne Diskussion! Es muss in allen Bundesländern die Möglichkeit gegeben sein, sich ohne Attest vom Unterricht freizustellen und am Fernunterricht teilzunehmen, damit Schüler_Innen und Angehörige ausreichend geschützt sind.

- Kostenlose Schnelltests, FFP3-Masken und Desinfektionsmittel!
 Einem Land, das genug Geld für hochentwickelte Tötungsmaschinen wie Drohnen hat, muss es gelingen, alle Bürger_Innen mit FFP3-Masken zu versorgen.
- Kostenlose Lernmittel und Endgeräte! Allen, die von zu Hause am Unterricht teilnehmen wollen, muss dies ermöglicht werden. Zudem müssen Ausweichräumlichkeiten und betreuende Pädagog_Innen bereitgestellt werden.
- Aussetzung aller Prüfungen für dieses Schulhalbjahr! Lernen in der Pandemie darf für niemanden einen langfristigen Nachteil in der Schullaufbahn bedeuten.
- Reduzierung des Rahmenlehrplans! Krisenzeiten sind außerordentliche Zeiten und erfordern außerordentliche Lehrpläne, die gemeinsam durch Lehrer_Innen, Schüler_Innen und Eltern entworfen und kontrolliert werden.

Es ist aber auch wichtig, uns klarzumachen, dass wir unseren Kampf für die Verbesserung der Situation an Schulen nicht isoliert von Eltern und Lehrer_Innen führen können. Die Gewerkschaft der Lehrer_Innen, die GEW, hat viel berechtigte Kritik an der aktuellen Situation geübt und zum Teil auch zielführende Forderungen formuliert. Bis jetzt fehlt es ihr jedoch an den nötigen Strategien, um ihren progressiven Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, d.h. sie umzusetzen. Eine Gewerkschaft muss ihre Mitglieder mobilisieren, Personalversammlungen einberufen, über die Forderungen demokratisch diskutieren und streiken, wenn sie etwas

erreichen will. Es ist unsere Aufgabe, mit der GEW zusammenzuarbeiten, um den nötigen Druck auf die Politik auszuüben, damit sich endlich etwas ändert. Auch Arbeiter_Innen und Auszubildende in Betrieben binden wir in unseren Kampf mit ein, deren Lebensgrundlage aufgrund der Krise noch mehr ins Schwanken gerät, und ermutigen sie zur Fortsetzung aller Tarifkämpfe auch und gerade in der Krise. Wir fordern substantielle staatliche Investitionen in Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, die Verpflichtung der Unternehmen zur Übernahme aller Auszubildenden, die Schaffung neuer Ausbildungsplätze, sowie die Streichung aller Mietschulden und die Bereitstellung von Wohnraum zum Selbstkostenpreis.

Die

Kosten der Krise und des Kapitalismus:

Diese Forderungen

sind selbstverständlich mit enormen Kosten verbunden. Wer soll das alles bezahlen? Wäre es nicht logisch und gerecht, dass zumindest in Krisenzeiten vorwiegend diejenigen zur Kasse gebeten würden, die Abgaben am leichtesten verschmerzen können? Während die Viruspandemie je nach Land und Region erhebliche Unterschiede im Verlauf aufweist, gibt es eine Gemeinsamkeit aller kapitalistischen Länder: Die Pandemie hat die Schere zwischen Arm und Reich tatsächlich noch weiter aufgestoßen. Wer aber nun damit rechnet, dass die Regierungen die Superreichen und Wirtschaftsgiganten als Profiteure dieser weltweiten Krise stärker an den Kosten derselben beteiligen, wird vermutlich schwer enttäuscht sein.

Die Viruspandemie

wird mitverantwortet durch die

kapitalistische Ausbeutung der Natur und dem fortschreitenden Eindringen der Zivilisation in wilde Ökosysteme, was die Übertragung tierischer Viren auf Menschen begünstigt. Aber nicht nur der Ursprung, sondern auch die verheerenden Folgen der Pandemie sind vor allem dem kapitalistischen System geschuldet. Jede Covid-Maßnahme im kapitalistischem Rahmen gleicht dem Versuch der Quadratur des Kreises: Einerseits muss man Menschen voneinander fernhalten und gleichzeitig für die Kosten ihrer Versorgung aufkommen, andererseits muss man die Wirtschaft am Laufen halten, wofür man genau diese Menschen in Betrieben, Schulen, Geschäften etc. zusammenführen muss. Dieser unlösbare Widerspruch entsteht, weil der Kapitalismus nur ein einziges Allheilmittel kennt: Gewinnmaximierung der Konzerne mit dem Versprechen, dass dadurch auch ein Plus für den Rest der Gesellschaft übrigbleibt. In der gegenwärtigen Krise stehen sich jedoch Gewinnmaximierung der Unternehmen und effektive Maßnahmen zur Pandemieeindämmung unversöhnlich

entgegen, was die Regierungen vor schier unlösbare Aufgaben stellt. Die Absurdität des derzeitigen leichten Lockdowns ist daher kein Zufall, sondern bei einer solchen Konstellation programmiert und in vielen anderen kapitalistischen Ländern in ähnlicher Weise anzutreffen.

Die

Covid-19-Pandemie ist nicht die erste und wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht die letzte Viruspandemie sein. Doch auch die nächste Pandemie wird den Kapitalismus in eine (vermutlich noch stärkere) Krise stürzen. Nicht weil die Politik lernresistent wäre, sondern weil eine Lösung innerhalb des kapitalistischen Systems schlicht und einfach nicht existiert. Es ist also unsere Aufgabe, eine sozialistische Perspektive aufzuwerfen, um sowohl das Virus, als auch das weitaus mörderischere kapitalistische System zu überwinden!